

**IV.a. Ergänzungsbestimmungen zu den Verwaltungsvorschriften zu § 44 BHO - Richtlinien für die Durchführung von Zuwendungsbaumaßnahmen (RZBau) im Rahmen der Förderung entwicklungswichtiger Vorhaben der Kirchen (ZBau/Kirchen)**

**1. Allgemeines**

Für die Zusammenarbeit der Bundesregierung mit den von den Kirchen eingerichteten Zentralstellen (ZSt), der Evangelischen Zentralstelle für Entwicklungshilfe e.V. (EZE) und der Katholischen Zentralstelle für Entwicklungshilfe e.V. (KZE), zur Förderung entwicklungswichtiger Vorhaben (Kapitel 2302 Titel 896 04) gelten die nachfolgenden Bestimmungen (ZBau/Kirchen und NBest-Bau/Kirchen). Die Bewilligung von Zuwendungen durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und die Leistung von Ausgaben an die ZSt für die Förderung von Baumaßnahmen (z.B. Neu-, Um- und Erweiterungsbauten, Erwerb von Gebäuden) sowie der Nachweis und die Prüfung der Mittelverwendung regeln sich nach dieser Richtlinie.

Die Ergänzungsbestimmungen sind anzuwenden, wenn die für eine Maßnahme vorgesehene Zuwendung des Bundes (BMZ) eine Million Euro nicht übersteigt.

Sofern die Zuwendung eine Million Euro überschreitet, richtet sich das Verfahren für die Beteiligung der Bundesbauverwaltung nach den eingeführten RZBau.

Ungeachtet dieser Wertgrenze werden die ZSt in besonderen Fällen die Bauverwaltung zur Beratung beteiligen. Dies gilt insbesondere dann, wenn erhebliche baufachliche Sicherheitsstandards erforderlich sind. Eine Beteiligung kann auch zu übergreifenden baufachlichen Fragen, insbesondere zum Erfahrungsaustausch hinsichtlich der Weiterentwicklung von Konzepten und Verfahren erfolgen.

Für Baumaßnahmen mit einer jeweiligen Zuwendung bis zu 100.000 Euro können die ZSt Vereinfachungen zulassen.

Die Prüfung der Bauunterlagen, die Klärung baufachlicher Fragen sowie die Entscheidung über die Förderung und die Bedarfsdeckung obliegen den ZSt. Sie stellen die entsprechenden Ressourcen bereit. Die ZSt sind verpflichtet alle wesentlichen Prüfungsvorgänge zu dokumentieren und mit den zugehörigen Unterlagen nach Ziffer 2 mindestens 10 Jahre am Sitz der ZSt aufzubewahren.

Auskunfts- und Prüfrechte der Bundesregierung und des Bundesrechnungshofes (§§ 91 und 100 BHO) bleiben unberührt.

## 2. **Baufachliche Prüfung**

Die baufachliche Prüfung umfasst die

- Feststellung des Umfangs der Bauunterlagen (Nr.3)
- Prüfung der Bauunterlagen (Nr. 4)
- Überprüfung der Bauausführung (Nr. 5)
- Prüfung der Verwendungsnachweise (Nr. 6)

## 3. **Umfang der Bauunterlagen**

Die Bauunterlagen bestehen im Allgemeinen aus:

### 3.1 **Erläuterungsbericht**

Er soll Auskunft geben über:

- Veranlassung und Zweck der geplanten Baumaßnahme, Raumbedarf, Kapazität, Nutzung (ggf. Hinweise auf entsprechende Gesetze, Verordnungen, Richtlinien, bauaufsichtliche Vorschriften oder veranlassende Schreiben), Bedarfsdeckung und Wirtschaftlichkeit;
- Lage und Beschaffenheit des Baugeländes und Baugrundes sowie die klimatischen Verhältnisse am Projektort;
- Bau- und Ausführungsart mit Erläuterung der baulichen, der ver- und entorgungstechnischen sowie anderer Anlagen und Einrichtungen;
- zudem soll er Gründe benennen, wenn eine besonders geartete Planung, Bauweise, Vergabe und/oder Ausführung erforderlich wird;
- die vorhandene Bebauung im Falle von Um- und/oder Erweiterungsbauten;
- geplante künftige Erweiterungen.

### 3.2 **Planunterlagen**

Maßangaben sollen möglichst im metrischen Maßsystem erfolgen. Bei fremdsprachigen Bezeichnungen von Spezialeinrichtungen und Abkürzungen werden die zum Verständnis notwendigen Übersetzungen in einer Legende den Plänen beigelegt.

Die Planunterlagen umfassen im Einzelnen:

- Übersichtsplan mit Aussagen über die Lage des Grundstücks zum Ortskern, die umgebende Bebauung sowie die öffentlichen Verkehrswege. Sollten diese planerischen Vorgaben nicht vorhanden sein, haben alternativ hierzu entsprechende Angaben im Erläuterungsbericht zu erfolgen;
- Lageplan des Bauvorhabens (i.M. mind. 1 : 1000) – soweit möglich – mit Eintragung der Grundstücksgrenzen und -abmessungen, des Nordpfeils, gegebenenfalls der Höhenlinien, der Hauptwind- und der Regenrichtung, sowie vorhandene Bebauung und künftige Erweiterungsmöglichkeiten;
- Vorentwurfspläne, die Art und Umfang des Bauvorhabens prüfbar nachweisen (i.M. mind. 1 : 200).

### 3.3 **Flächenberechnung**

Diese erfolgt grundsätzlich nach DIN 277 (Grundflächen und Rauminhalte von Hochbauten).

Die Berechnung der Flächen erfolgt im metrischen System. Sie kann auch im englischen Maßsystem vorgenommen werden, wenn anschließend die Gesamtfläche für jedes Einzelbauwerk in das metrische System umgerechnet wird. Auf eine Berechnung der Rauminhalte kann verzichtet werden.

### 3.4 **Kostenermittlung**

Die Kosten für Hochbauten sind nach DIN 276 oder in Anlehnung an DIN 276 (Kosten von Hochbauten) in Euro unter Angabe des Umrechnungskurses zu ermitteln, für andere Bauliche Anlagen und Einrichtungen ist entsprechend zu verfahren (ggf. nach Bauobjekten/Bauabschnitten unterteilt)

Kostenaufschlüsselungen oder Berechnungen anderer Art, deren Ergebnisse der Kostenermittlung zugrunde gelegt wurden, sind als Anlage beizufügen. Sofern eine Aufschlüsselung nicht möglich ist, sind wesentliche Kostenansätze durch pauschalisierte Angaben zu belegen.

Die Beschaffung von Ausstattungsgegenständen (sofern sie nicht fest mit dem Bauwerk verbunden sind), Lehrmitteln, Verbrauchsmaterialien u.ä. sowie Personal- und Anlaufkosten sind nicht den Kosten für die Hochbauten zuzuordnen. Diese sind im Antrag gesondert darzustellen.

#### 4. **Prüfung der Bauunterlagen**

Im Vorfeld der Prüfung kann auch eine Beratung der durchführenden Projektträger durch die ZSt durchgeführt werden. Die baufachliche Prüfung setzt die Vollständigkeit der Bauunterlagen nach Ziffer 3. voraus.

Die Prüfung und Beratung erstrecken sich auf die

- Zweckmäßigkeit und die Wirtschaftlichkeit der Planung und Konstruktion;
- die Angemessenheit der Kosten.

Bei der Prüfung der Bauunterlagen sind die örtlichen Bauweisen und Bauvorschriften zu Grunde zu legen. Unabhängig davon sind bei Sicherheits- und Brandschutzbelangen und sonstigen Anforderungen zum Schutz für Leib, Leben und Gesundheit die allgemein anerkannten Regeln der Technik anzuwenden, soweit das Schutzziel nicht auf andere Weise erreicht werden kann.

#### 5. **Überprüfung der Bauausführung**

Die ZSt führen eine stichprobenweise Überprüfung der Baumaßnahmen am Ort der Vorhaben durch. In Einzelfällen kann die Bundesbauverwaltung beteiligt werden. Das Ergebnis der Überprüfung ist aktenkundig zu machen.

#### 6. **Prüfung der Verwendungsnachweise**

Die ZSt ergänzen den Verwendungsnachweis (vgl. Anlage 5) um eine baufachliche Stellungnahme, um zu belegen, dass die Baumaßnahme entsprechend den bewilligten Bauunterlagen ausgeführt wurde. Erhebliche Änderungen der Bauausführung gegenüber den der Bewilligung zugrundeliegenden Bauunterlagen und wesentliche Kostenabweichungen sind hinsichtlich ihrer Notwendigkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit darzustellen. Insbesondere sind in der baufachlichen Stellungnahme zu erbringen:

- die Berechnung der Geschossfläche, falls von den bewilligten Unterlagen abgewichen wurde;
- ein Soll-Ist-Vergleich der Kosten, gegliedert in Anlehnung an DIN 276, ein Soll-Ist-Vergleich der Einheitspreise in Landeswährung sowie in Euro;
- Kurzdarstellung wesentlicher Planungs- und Baudaten;
- aussagekräftige Lichtbilder der erstellten Baumaßnahme.

Sofern die Feststellungen Einfluss auf die Bemessung der Zuwendung haben, ist der zuwendungsfähige Betrag festzustellen.

Das BMZ prüft die Verwendungsnachweise nach Abschnitt II, Ziffer 11 abschließend.